

September 2011

Armeereform

Anforderungen an die moderne Armee

**Aktuelle Lagebeurteilung mit Erkenntnissen für die
Weiterentwicklung der Schweizer Armee –
insbesondere der Infanterie**



Inhalt

Vorwort	3	3.3	Komplexität der Ausbildungsinhalte steigt mit technologischer Entwicklung	19	
1 Aktuelle geopolitische Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf die Schweiz	4	3.4	Interoperabilität als conditio sine qua non	20	
		3.5	Reaktionskräfte versus grosse Reserve	20	
1.1	Das Machtgefüge verschiebt sich vom Westen in den Fernen Osten	4	4 Zusammenfassung der Folgerungen für die schweizerische Sicherheitspolitik und Armeereform	22	
1.2	Bewertung der jüngsten Ereignisse im arabischen Raum	6			
1.3	Europa weiterhin fest im Würgegriff der Finanzkrise	7	4.1	Erfolgsfaktor Wehrpflicht erhalten	22
1.4	Militärpolitische Entwicklungen in Europa	8	4.2	Leistungsprofil und Bestandesumfang	22
1.5	Offene Position Europas in einer neuen geopolitischen Ordnung	11	4.3	Doktrin und Ausbildung für Einsatz auf hohem Intensitätsniveau (plus Interoperabilität)	22
2 Erkenntnisse für die schweizerische Sicherheitspolitik und Armeereform	12		4.4	Beherrschung des eigenen Geländes wieder sicherstellen	22
			4.5	Führbarkeit der Grossen Verbände sicherstellen und Leistungsfähigkeit abrufen	23
2.1	Sicherheitspolitische Trendwende	12	4.6	Konzentration auf Breitband-Reserve	23
2.2	Fehlentwicklungen und Denkfehler des Bundesrates	12	4.7	Rüstung: Weitere Investitionen in Schutz, Mobilität und Wirkung notwendig	23
2.3	Realistischere Annahmen der Volksvertretung	13	4.8	Rüstung: Modernisierung der Führungsfähigkeiten vorantreiben	24
2.4	Wir brauchen primär eine glaubwürdige Eigenleistung	13			
2.5	Aus Eigeninteresse brauchen wir auch sinnvolle Verbundleistungen	14	5	Avenir-Suisse-Studie zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik	25
2.6	Wehrsystem: Alleine der Verteidigungsauftrag begründet die Wehrpflicht	15			
3 Erkenntnisse für Ausbildung, Ausrüstung, Struktur und Einsatz der Infanterie	17				
3.1	Die Einsatzdoktrin der Infanterie im Spiegel der realen Entwicklungen	17			
3.2	Zu Schutz, Mobilität und Wirkung kommt die Führungsfähigkeit	19			

Vorwort

Industriestaaten am Rande des Bankrotts, Kriege und Aufstände im Nahen Osten, soziale Unrast mit brennenden Innenstädten in Grossbritannien und machtpolitische Ambitionen aufstrebender Staaten: Wenn nicht alles täuscht, drohen politische und soziale Unrast für Regionen der Welt, in denen viele bisher unbedarft den ewigen Frieden für garantiert erachteten. Angeschlagen ist auch die westliche Führungsmacht: Ob die USA ihren Staatshaushalt sanieren können, ohne markante Einschnitte bei den Militärausgaben vorzunehmen, ist heute offen. Daraus folgt: Ob und wie weit die sanierungsbedürftige, führende westliche Demokratie in Zukunft noch ihre Rolle als Weltpolizist spielen kann und will, ist offen und wird nicht ohne Auswirkungen auf Frieden und Sicherheit bleiben.

Vor diesem Hintergrund sind die aktuellen sicherheitspolitischen Diskussionen in der Schweiz einzuordnen. Die Kammern des Parlamentes sind daran, den leichtfertigen Abbauplänen des Bundesrates im Bereich von Armee und Sicherheit Absagen zu erteilen – zu Recht. Wenn nicht alles täuscht, setzt auf politischer Ebene allmählich ein Umdenken ein.

Als gewisse Exponenten vor Jahren die mechanisierten Kräfte als Auslaufmodelle bezeichneten, reagierte der VSWW mit einer vielbeachteten Studie (Panzerwaffe und gepanzerte Fahrzeuge – aktuelle Perspekti-

ven und Einsatzformen; Analyse, Erkenntnisse und Konsequenzen für die Schweizer Armee. VSWW September 2007). Dort wurde nachgewiesen, dass es kurzsichtig wäre, vorschnell auf Panzer zu verzichten.

Unter dem Eindruck der Nato-Operation «Unified Protector» gegen Ghadhafis Regime und der Pläne für einen Abzug in Etappen der International Security Assistance Force (ISAF) aus Afghanistan häufen sich international Überlegungen, wie Kriege und Armeen in Zukunft aussehen könnten. Dazu wollen auch wir hier einen Beitrag leisten und einige Schlussfolgerungen in Bezug auf die Armee reform generell und auf die Infanterie im Speziellen ziehen. Schon heute ist klar, dass die bundesrätlichen Eckwerte untauglich sind. Sowohl der bundesrätliche Plan für eine 80'000 Mann starke Armee als auch der Verzicht auf eine Beschaffung neuer Kampfflugzeuge sind im heute absehbaren Umfeld ebenso fahrlässige Parameter wie ein Militärbudget von unter 5 Milliarden Franken.

Dr. Günter Heuberger, Präsident



1. Aktuelle geopolitische Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf die Schweiz

1.1 Das Machtgefüge verschiebt sich vom Westen in den Fernen Osten

Im Herbst 2008 standen Europa und die USA im Zeichen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Man sprach von der grössten Rezession seit den 30er-Jahren. Der rezessive Einbruch beschränkte sich vor allem aufgrund massiver

«Wir sind Zeugen einer geopolitischen Machtverschiebung vom euroatlantischen Raum nach Asien und in den asiatisch-pazifischen Raum.»

Heinrich Kreft, Botschafter und Sonderbeauftragter für den Dialog zwischen den Kulturen beim Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland

Interventionen zunächst vielerorts auf das Jahr 2009. Während sich die USA und Europa mit Banken- und Wirtschaftsstützungsmassnahmen masslos verschuldeten und weiter verschulden, wuchsen und wachsen China und Indien praktisch ungebremst weiter. Aber auch Brasilien, Russland und Südafrika gehören zu den Gewinnern der 2009er-Krise: Mittlerweile machen die BRICS-Staaten¹ zusammen mit China und Indien einen Viertel der Weltwirtschaft aus; sie produzieren nicht nur für die Industrienationen, durch ihren steigenden Konsum leisten sie gleichzeitig wesentliche Beiträge zur Stabilisierung der globalen Wirtschaft. Wie Berechnungen des Forschungsinstituts «Conference Board» ergeben, war der Beitrag der Schwellenländer zum globalen

Wachstum von 2000 bis 2010 dreimal so hoch wie derjenige der alten Industrieländer.² Mit seinen 1,3 Milliarden Einwohnern und seinem durchschnittlichen BIP-Jahreswachstum von 10% hat alleine China schon enorm an Bedeutung gewonnen. Der Westen – Amerika und Europa – befindet sich in einem relativen Abstieg, während die Mächte Asiens und Lateinamerikas aufsteigen. Sie gehören zu den Gewinnern. Die Mächte des nordöstlichen Pazifik - China, Japan und Südkorea – sind bereits heute die mit weitem Abstand grössten Gläubiger der USA, und ihre Bedeutung wird durch die Folgen der jetzigen Finanzkrise noch weiter wachsen.

Der alte Westen hingegen legte mit seiner Interventionspolitik die Basis für die aktuelle Schulden- und Währungskrise, damit sollte eine neue Weltwirtschaftskrise, vor der wir – wenn nicht alles täuscht – heute stehen, verhindert werden. Sie wird den Westen weiter schwächen. Mit dem zunehmend grösser werdenden Gewicht der Schwellenländer ergibt sich parallel zur ökonomischen Machtverschiebung auch eine weltpolitische Machtverschiebung. Geopolitisch bedeuten die



Wann wird China sein wirtschaftliches in politisches Gewicht ummünzen?

«Shi Lang»-Chinas erster Flugzeugträger seit Juni 2011 einsatzbereit.

¹ BRICS ist eine Sammelbezeichnung, geprägt von Jim O'Neill, dem Chefökonom von Goldman Sachs, für aufstrebende Industrienationen und umfasst Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika.

² Birgit Marschall und Mark Schrörs, Zukunft gehört Schwellenländern (<http://wissen.de/wde/generator/wissen/services/nachrichten/ftd/PW/50044472.html>, eingesehen am 23.06.2011).

Verlagerung vor allem des zweiten Sektors in den asiatischen Raum, die exorbitanten Auslandsschulden, mit denen primär die führenden westlichen Industrienationen markant an Handlungsfähigkeit verlieren, auch einen machtpolitischen Niedergang des Westens.

«Die USA werden in Zukunft nicht mehr die Polizei der Welt sein. Dadurch wird die Welt unsicherer. Auch für uns.»

Klaus Wellershof, ehemaliger UBS-Chefökonom

Ähnlich wie nach dem Ende der bipolaren Welt durch den Zerfall der Sowjetunion zieht dies weitere geopolitische Veränderungen nach sich. Bereits sichtbar werden sicherheitspolitisch bedenkliche Machtspiele um Einfluss und um Rohstoffe in Teilen Afrikas, in der Arktis und insbesondere im Nahen Osten, wo soziale Unrast zu Aufständen, Machtwechseln, Bürgerkriegen und

Staatszerfall geführt haben. Weil in den Schwellenländern auf absehbare Zeit die grössten Wachstumschancen der Weltwirtschaft liegen, wird sich auch Amerika aus wirtschaftlichen wie machtpolitischen Gründen verstärkt dem pazifischen Raum zuwenden. Das bedeutet gleichzeitig, dass die USA ihre atlantische – sprich auf Europa gerichtete – Orientierung weiter herabstufen werden: Es stellen sich aber weitere Probleme: Nach Anhebung der Schuldengrenze im August 2011 ist die Staatsverschuldung der USA auf über 100 Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP) gestiegen. Sobald aber die USA aufgrund ihrer Schwäche im Zeichen ihrer Verschuldungskrise die Militärausgaben auf das Niveau Europas zurückfahren, wird die Wahrnehmung der Rolle der Führungsmacht illusorisch. Wir haben dann eine Welt, in der unsere Werte nicht mehr so verteidigt werden, wie wir uns das wünschen und wie dies in der Vergangenheit der Fall war.

Momentan bleiben die USA trotz ihrer Schwäche geopolitisch noch die mit Abstand einflussreichste Macht –



Der «Failed States Index» 2011 zeigt das Risiko von Staatszerfall in den jeweiligen Ländern; gemäss Daten vom Jahr 2010 lag Libyen mit Rang 111 noch relativ weit vorne (1 steht für den unsichersten Staat, auf Rang 177 ist der stabilste Staat). Ägypten ist an 45. Stelle und Syrien auf Platz 48. Mit den jüngsten Ereignissen seit März 2011 haben sich die Bewertungen für die arabischen Länder deutlich verschlechtert.³



Siege, die nur dank NATO-Luftunterstützung möglich sind, ansonsten hätten die Aufständischen anderes zu erwarten gehabt.

auch im pazifischen Raum. Aber sie werden im asiatischen Raum rasch an Macht und Einfluss verlieren. Ob und wie China diese Verlagerungen während seines Aufstiegs von einer Regional- zu einer Weltmacht ausnutzt, ist ungewiss. Vieles deutet darauf hin, dass der rote Drache seine Hemisphäre selber gestalten will.

1.2 Bewertung der jüngsten Ereignisse im arabischen Raum

Am 4. Januar 2011 stirbt in einem Krankenhaus in Tunis ein 26-jähriger Mann an seinen Verletzungen. Er hatte sich zwei Wochen vorher selber angezündet. Mit seiner Selbstverbrennung wollte der Händler gegen die Konfiszierung seines Obst- und Gemüsestandes durch die Polizei protestieren. Sein Tod löst Solidaritätskundgebungen im ganzen Land aus, rasch werden daraus Kundgebungen gegen das tunesische Regime. Forderungen nach Presse- und Meinungsfreiheit mischen sich mit Kritik am Elend, an der Korruption und an der Zensur: Die Jasminrevolution bricht aus. Präsident Ben Ali reagiert zuerst mit der Ausrufung des Ausnahmezustandes, 10 Tage später muss er angesichts der zunehmend lauter werdenden Proteste fluchtartig das Land verlassen. Kurz darauf folgt ein ähnlicher Vorgang in Ägypten; die in Aussicht gestellten Wahlen nützen weder Ben Ali noch Mubarak etwas. Die Unruhen greifen auf Libyen und später Bahrain, Jemen und Syrien über. Seither haben wir Bürgerkriege in mehreren arabischen Ländern; Wahlen wurden noch nirgends durchgeführt.

Die Länder im arabischen Raum sind alle durch ähnliche Merkmale gekennzeichnet: korrupte Herrscher, instabile Strukturen, hohe Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit bei vielen Jugendlichen. Getrieben von dieser Verzweiflung kämpfen seit Monaten Millionen von jungen arabischen Männern um ihre Zukunft. Sie kämpfen vor allem für Arbeit, Geld, Wohnmöglichkeiten und politische Mitsprache.

Die «Jasminrevolution» in Tunesien gilt als Anfang der Proteste in der arabischen Welt. Ausgehend von dieser Revolution richten sich die Proteste in den weiteren Ländern im Nahen Osten und in Nordafrika gegen die politischen und sozialen Strukturen sowie gegen die autoritär herrschenden Regimes dieser Länder. In Libyen hat das Scheitern der demokratischen Kräfte die Macht-

«Auf den arabischen Frühling will kein richtiger Sommer folgen, vielmehr ein sicherheitspolitischer Alptraum zwischen abgesetzten und verurteilten, abgesetzten und nicht verurteilten, nicht abgesetzten, dafür aber bombardierten, nicht abgesetzten und halbwegs tolerierten sowie nicht abgesetzten und mit aller Kraft unterstützten Potentaten. Das Problem: das vom Westen und von China so dringend benötigte Erdöl.

*Konrad Hummler,
Anlagekommentar Bank Wegelin, 4. Juli 2011*

haber des Westens nachhaltig beeindruckt; sogar diejenigen, die noch kurz vorher mit Ghadhafi Handel getrieben haben. Unter Führung von UNO und NATO bombardierte die westliche Allianz über Monate gezielt Einrichtungen des Ghadhafi-Regimes in Libyen. Auf dem Boden stiessen die Aufständischen unter dem NATO-Luftschirm langsam nach Tripolis. Fraglich bleibt dabei eine stabile Nachkriegsordnung in einem Land, dessen staatliche Strukturen nach sechs Monaten Bür-

³ Fund for Peace, Failed State Index 2011 (<http://www.fundforpeace.org> → Failed State Index 2011, eingesehen am 23.08.2011).

gerkrieg und NATO-Bombardement kaum mehr vorhanden sind.

In Syrien führt ein skrupelloser Machthaber seit Wochen Krieg gegen das eigene Volk. Die Sicherheitskräfte des Assad-Regimes gehen mit brutaler Gewalt gegen die Protestierenden vor; mittlerweile sollen rund zweitausend Menschen ums Leben gekommen sein. Befürchtungen werden laut, die Massenunruhen in Syrien könnten sich zu einem «zweiten Libyen» entwickeln. Der Kampf in Jemen, der als Protest gegen Salih anfang, ist vor allem ein Konflikt zwischen dem Clan des Präsidenten Salih und demjenigen des Stammesführers Sadek al-Ahmar. In Saudi-Arabien kommt es Ende Januar ebenfalls zu Demonstrationen, denen der König Abd al-Aziz mit Geldgeschenken zu entgegnen versucht. Als die Unruhen weitergehen, erlässt der König ein Demonstrationsverbot. Die Proteste in Bahrain werden gewaltsam mithilfe einmarschierender saudi-arabischer Truppen unterdrückt. Kurz nach Aufhebung des Ausnahmezustandes flammen die Proteste wieder auf. Als Folge der Proteste im arabischen Raum sind die Flüchtlingsströme angeschwollen. Die Destabilisierung einer ganzen Region führte zu grossen Massenfluchten nach Tunesien, Ägypten und Algerien. Aber nicht nur benachbarte Länder sind betroffen, viele Menschen gelangen über den Meeresweg oder andere Länder nach Europa.

Heute ist es ist noch unklar, wie sich Tunesien, Ägypten und andere von Unrast und Unruhen ergriffene Länder des Nahen Ostens in Zukunft entwickeln werden, ob Staaten zerfallen werden oder ob es zu einem Übergang in eine demokratischere Ära im Nahen Osten kommt.



Syrien: Strafexpeditionen gegen das eigene Volk.

Mitten in diese Transition hinein erfolgt völlig überraschend die Liquidation von Osama Bin Laden, bemerkenswerterweise in einer US-Kommandoaktion mitten in einem souveränen Land. Die Operation überrascht nach 10 Jahren Krieg gegen den Terror alle. Angeordnet hat sie US-Präsident Obama, der gleiche Obama, der einst mit der Schliessungsabsicht von Guantánamo und der Beendigung der Konflikte im Irak und in Afghanistan Wahlkampf gemacht hat. Vor allem die naiven europäischen Kommentatoren sind seit Amtsantritt nicht müde geworden, den USA unter Obama eine grundsätzlich andere Aussenpolitik anzudichten. In der Beurteilung Obamas hat nun Ernüchterung eingesetzt. Man darf die Prognose wagen: Das Bild des getöteten Bin Laden werden wir kurz vor den US-Präsidentenwahlen zu sehen bekommen.

Die überraschenden machtpolitischen Entwicklungen in Nordafrika, im Nahen und im Fernen Osten erinnern uns daran, dass Frieden und Stabilität nicht einfach selbstverständlich sind. Innert kurzer Zeit wurden bisher als stabil betrachtete Staaten in Unruhen und Bürgerkriege hineingezogen – und westliche Demokratien haben ihre Kampfbomber und Schlachtkreuzer in Marsch gesetzt.

1.3 Europa weiterhin fest im Würgegriff der Finanzkrise

Nachdem die Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008/09 mittels staatlicher Stützung grosser Finanzdienstleister und über riesige staatliche Kapitalspritzen die Verschuldung der Staaten fast überall gewaltig ansteigen liess, entwickelte sich daraus nur zwei Jahre später eine neue Krise: Die Währungskrise – der Dollar schwach wie nie zuvor, der Euro zeitweise im freien Fall. Mehrere Mitgliedstaaten der Eurozone befinden sich mittlerweile in einer Haushaltskrise, die dem Staatsbankrott nahekomm, und sind auf die Hilfsmassnahmen der Europäischen Union angewiesen.

Besonders betroffen ist Griechenland, dessen Haushaltskrise zur Bildung des europäischen Stabilisierungsmechanismus führte. Im Mai 2010 steht Griechenland vor dem Staatsbankrott. Die Regierung will Finanzhilfe von der EU. Später im Jahr folgte Irland,

schliesslich auch Portugal. Eine Zeitung titelte: «Irland pleite, EU ratlos, Deutschland zahlt.» Als unser Armeechef in jenen Tagen eine Karte zeigte, die Griechenland als potenziellen Krisenherd darstellte, ging ein Aufschrei der Empörung durch Medien und Politik. Dann, am 6. Mai, auf dem Höhepunkt der griechischen Krise, startete die ganze Welt auf die ausgebrannte Filiale einer kleinen Bank in Athen: Darin waren gerade die ersten drei Griechen umgekommen. Der Protest gegen die Sparmassnahmen der Regierung war gewalttätig geworden: Demonstranten hatten mit Molotowcocktails die Bank in Brand gesetzt.

Die Krise innerhalb der EU hat ebenfalls eine Verschiebung der Beziehungskonstellation mit China zur Folge. Die Regierung in Peking signalisierte schon früh ihre Bereitschaft, Europa zu helfen. Das wachsende Engagement Chinas wurde an der Peripherie Europas mit grosser Freude beobachtet, im Herzen Europas dagegen eher misstrauisch beäugt. Die Angst vor einer allfälligen Abhängigkeit Chinas wächst: «China übernimmt die EU, und wir Europäer verkaufen unsere Seele.»⁴

Wegen der Euro-Krise ist die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion heute insgesamt stark bedroht. Eine Diskussion über deren Funktionsweise und deren allgemeine Vor- und Nachteile ist weitflächig ent-

«Tatsächlich sind der ungewisse Ausgang der arabischen Revolution, die autoritäre Entwicklung Russlands und die Stagnation auf dem Balkan keine beruhigenden Trends.»

Der Spiegel, 21/2011

brannt, der Ausgang dieser Diskussion ist offen. EU-kritische Parteien haben in vielen Ländern Hochkonjunktur. «Der Wutbürger» und durch ihn gestärkte Populisten übernehmen teilweise das Zepter im politischen Dis-

⁴ EU-Kommissar Günther Oettinger in: Wettach, Silke et. al., Wie sich China in Europa einkauft (<http://www.wiwo.de/politik-weltwirtschaft/wie-sich-china-in-europa-einkauft-447845/3/>, eingesehen am 24.06.2011).

⁵ Bundesministerium der Verteidigung (Hg.), Verteidigungspolitische Richtlinien: Nationale Interessen wahren – Internationale Verantwortung übernehmen – Sicherheit gemeinsam gestalten, Berlin 2011.

kurs. Die Zukunft des «Friedensprojekts EU» könnte damit auf dem Spiel stehen.

1.4 Militärpolitische Entwicklungen in Europa

Deutschland: Nach dem unrühmlichen Abgang Gutenbergs liegt es am Christdemokraten Thomas de Maizière, die Reform der Bundeswehr umzusetzen, mit der sein Vorgänger begonnen hatte. Die Reform 2011 ist der grösste Einschnitt in der Nachkriegsgeschichte der deutschen Streitkräfte: Wurde die Bundeswehr einst als Bürgerarmee mit reinem Verteidigungscharakter aufgebaut, wird sie ab dem 1. Juli aus Freiwilligen bestehen. Die «Aussetzung» der Wehrpflicht ist dabei lediglich eine juristische Spitzfindigkeit, die bestenfalls als Rückversicherung zu werten ist.

Mit dem Umbau beabsichtigte Guttenberg, den Hauptfokus der Bundeswehr auf internationale Einsätze zu legen und zugleich das Verteidigungsbudget zu entlasten, um notwendige Rüstungsbeschaffungen vornehmen zu können. Nun hat de Maizière festgelegt, dass «Landesverteidigung als Bündnisverteidigung» wieder an erster Stelle stehen soll.⁵ Ob es sich um blosses Lippenbekenntnisse gegenüber konservativen Strömungen innerhalb der CDU handelt oder ob die seit dem Einsatz im Kosovo-Krieg herrschende Doktrin nicht mehr gelten soll, wird sich zeigen. Ebenso möglich ist, dass – wie es so viele NATO-Mitglieder tun – die territoriale Verteidigung ohne grosse Eigenleistung an die NATO delegiert wird. Die Reform lässt ahnen, dass die Bundeswehr vorläufig mit sich selber beschäftigt ist und das Ziel einer europäischen Konsolidierung der robusten Kompetenzen in die Ferne rückt.

Frankreich: Seit 2003 behelfen sich auch Frankreichs Streitkräfte mit Freiwilligen. Die grosse Wehrrreform kam jedoch 2008. Das Verteidigungsbudget wurde eingefroren und soll erst ab 2012 jährlich um ein Prozent der Summe von 2008 angehoben werden. Bemerkenswert ist ebenfalls die sich in der Umsetzung befindliche Wiedereingliederung der Streitkräfte Frankreichs in die NATO.

Durch die Reform 2008 wurden die Streitkräfte stark gestrafft. Mit den finanziellen Einsparungen sollen wie zurzeit in Deutschland moderne und fehlende Rüstungsgüter angeschafft werden. Unter der personellen

Verteidigungsbudgets ausgewählter europäischer Staaten

	Militärausgaben 1990	Militärausgaben 2010
Deutschland	35,0 Mrd. Euro (2,8% BIP)	31,1 Mrd. Euro (1,3% BIP)
Grossbritannien	68,7 Mrd. Euro (3,9% BIP)	44,8 Mrd. Euro (2,8% BIP)
Frankreich	35,3 Mrd. Euro (3,4% BIP)	32,1 Mrd. Euro (1,6% BIP)
Italien	14,5 Mrd. Euro (2,1% BIP)	15,5 Mrd. Euro (1,0% BIP)

Quelle: SIPRI Yearbook, div. Ausgaben

Verkleinerung leidet insbesondere das traditionell starke Auslandsengagement der «Grande Nation». Die ständig für einen Aktionsradius von über 8000 km in Bereitschaft gehaltenen Truppen sowie die permanente Präsenz in Afrika wurden einer deutlichen Reorganisation unterzogen. Dagegen beabsichtigt Frankreich, seine Interessenschwerpunkte mehr in den asiatischen Raum zu verlagern.

Grossbritannien: Nach stetigen Anpassungen in Folge des Endes des Ost-West-Konfliktes und dann der Terroranschläge vom 11. September 2001 erhielt die Verteidigungskonzeption Grossbritanniens 2010 ihren jüngsten Schliff.⁶ Wie bei anderen europäischen Mächten erfuhren die traditionell auf Freiwilligkeit basierenden britischen Streitkräfte starke personelle Einschnitte; aber auch die schweren Mittel sind im Begriff, drastisch reduziert zu werden. Dies hat zur Folge, dass grosse Engagements zu Land wie im Irakkrieg 2003 nicht mehr möglich sein werden. Der Druck entstand wie in Deutschland und Frankreich durch die dringliche Modernisierung der Ausrüstung.

Trotzdem versteht sich das Königreich weiterhin in seinem kolonialen Selbstverständnis. Interventionen im gesamten Eskalationsspektrum sollen zur Durchsetzung britischer Interessen in Übersee weiterhin möglich sein. Es ist jedoch eine Spur von Zurücknahme feststellbar: Sicherheit wird vermehrt durch einen integralen Ansatz definiert und auch die Innensicht bleibt dabei nicht verwehrt. Der Schutz der eigenen Bevölke-

rung, der Interessen und Infrastruktur soll durch engere Kooperation verschiedener Bereiche staatlichen Handelns sichergestellt werden.

Französisch-britische Kooperation: Ende 2010 unterzeichneten Frankreich und Grossbritannien einen Vertrag zur strategischen Kooperation in Rüstungsfragen und in der Sicherheitspolitik.⁷ Nebenbei sollen mit den geplanten Massnahmen auch die Verteidigungsbudgets der beiden Nationen etwas entlastet werden.

Die Verträge sehen Kompatibilitätsanpassungen auf den Flugzeugträgern vor, sodass Jets beider Luftwaffen gegenseitig auf den Trägern landen können. Diese Anpassungen bedeuten auf britischer Seite, dass künftig der Träger nicht mehr in erster Linie zum Schutz einer maritimen Kampfgruppe abgestellt ist, sondern mit der Aufnahme von langstreckentauglichen Kampfflugzeugen eine sichere Basis für Luft-Missionen mit grösserer Reichweite darstellen soll. Der Vertrag stellt weiter die Bildung eines britisch-französischen Trägerverbandes in Aussicht. Neben dem Unterhalt der Nuklearwaffen und der Bildung einer gemeinsamen schnellen Eingreiftruppe ist ebenso eine enge Kooperation in der Rüstung vorgesehen.

Überblickt man die britischen und französischen Verteidigungsbemühungen, wird ersichtlich, dass primär Kosten eingespart werden sollen, möglichst ohne Verlust militärischer Fähigkeiten. Auslöser hierfür ist der sich rasant steigernde Grad der verfügbaren Technologie und der politische Unwille, mehr in die Sicherheit zu investieren.

US-amerikanische Kritik an den europäischen NATO-Partnern: Den Spardruck spüren nicht nur die europäischen Wehrminister. Der Irak-Krieg, der Einsatz

⁶ Securing Britain in an Age of Uncertainty: The Strategic Defence and Security Review, London 2010.

⁷ Déclaration sur la coopération de défense et de sécurité, Paris 2010 (<http://www.elysee.fr/president/les-actualites/declarations/2010/declaration-sur-la-cooperation-de-defense-et-de.9948.html>, eingesehen am 10.6.2011).



in Afghanistan, die ständige Modernisierung und der Unterhalt des grössten Sicherheitsapparates der Welt haben auch die USA über ihre Rolle in der NATO und die damit verbundenen Wehraufwendungen sinnieren lassen. Anfangs 2011 liess der US-Verteidigungsminister Robert Gates verlauten, dass innerhalb der nächsten fünf Jahre 78 Milliarden Dollar eingespart werden müssen. Ob das Sparziel auch vom Kongress bestätigt wird, ist fraglich. Nur die sich stetig verschlimmernde Verschuldungssituation der USA könnte den Entscheid vorwegnehmen.

Verteidigungsminister Gates hat im Februar 2011 vor Kadetten der Militär-Kaderschmiede West-Point auch gesagt, dass das Heer verkleinert wird und die Anzahl der schweren Mittel reduziert werden sollen. Auch würden die USA sich kaum mehr für einen grösseren Landkrieg hergeben. Künftige Konflikte würden durch See- und Luftstreitkräfte im pazifischen Raum und dem Persischen Golf ausgetragen. In seiner Abschiedsrede in Brüssel am 10. Juni 2011⁸ geisselte der scheidende US-Verteidigungsminister schliesslich seine NATO-Verbündeten. Gates hielt fest, dass das NATO-Engagement in Afghanistan und nun in Libyen schonungslos offengelegt habe, dass wichtige militärische Fähigkeiten in Europa kaum mehr verfügbar seien.⁹

⁸ Transcript of Defense Secretary Gates's Speech on NATO's Future (<http://blogs.wsj.com/washwire/2011/06/10/transcript-of-defense-secretary-gates-speech-on-natos-future>, eingesehen am 20.6.2011).

⁹ Dies notabene gegen anderslautende Absichtsbekundungen wie bspw. im Prague Capabilities Commitment der NATO von 2002.

Es sei nicht akzeptabel, dass einige NATO-Länder sich nur mehr an «weichen» humanitären, entwicklungspolitischen oder friedensfördernden Aufgaben wagen, den sicheren Schirm der NATO aber in Anspruch nehmen, während andere unter Inkaufnahme hoher Risiken und Kosten die robusten Kampfmissionen durchführen. Gates warnte davor, dass künftige US-Präsidenten und Verteidigungsminister, die nicht über die einigende Erfahrung des Kalten Krieges verfügten, vielleicht den Nutzen der NATO im Vergleich zu den Kosten nicht mehr gleich beurteilen würden.

Gates forderte die europäischen NATO-Mitglieder auf, die strapazierten Verteidigungsbudgets von weiteren Kürzungen zu schonen und die bestehenden Ressourcen

Überblick über die Rüstungsausgaben der Welt

Stockholm 07. Juni 2011 – Die USA stehen bei den Militärausgaben weltweit weiter an der Spitze. Wie das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI Anfang Juni angab, haben die Vereinigten Staaten 2010 sechsmal so viel Geld für militärische Zwecke ausgegeben wie China, das Land mit dem zweithöchsten Militärhaushalt aller Länder.

Weltweit betragen die Ausgaben für militärische Zwecke 1,6 Billionen Dollar (1,1 Billionen Euro) und stiegen damit um 1,3 Prozent gegenüber 2009. Wie es im SIPRI-Jahrbuch zu Rüstung und Abrüstung weiter hiess, hatten die USA mit 698 Milliarden Dollar dabei einen Anteil von 43 Prozent.

Chinas Anteil betrug bei Ausgaben von 119 Milliarden Dollar etwa sieben Prozent. Russland, Frankreich und Grossbritannien teilten sich die folgenden Plätze mit einem Anteil von je vier Prozent. Deutschland hatte nach den SIPRI-Angaben mit 2,8 Milliarden Dollar die achthöchsten Militärausgaben weltweit.

Ebenfalls zu den zehn führenden Ländern gehörten Japan, Saudi-Arabien, Indien und Italien. Bei den schon früher veröffentlichten Angaben über Rüstungsexporte hatten die USA und Russland allein etwa die Hälfte aller Verkäufe zwischen 2006 und 2010 für sich verbucht.

cen besser zu nutzen. Schliesslich seien in den einzelnen Ländern die Sicherheitspolitik sowie die militärischen Institutionen wieder auf Kurs zu bringen. Die Rede des scheidenden US-Verteidigungsministers gibt die pessimistische Sicht der USA auf das nordatlantische Verteidigungsbündnis wider. Noch scheinen die USA Geduld zu üben, doch die deutlichen Warnungen können auch als Drohungen verstanden werden. Die Erfahrung lehrt, dass diese von den europäischen Partnern wohl geflissentlich überhört werden. Die Konsequenz eines partiellen Rückzuges der USA aus dem Bündnis wäre heute ein nicht mehr durchsetzungsfähiges und konfliktanfälligeres Europa ohne die beruhigende und nach innen austarierende Macht der Vereinigten Staaten.

1.5 Offene Position Europas in einer neuen geopolitischen Ordnung

Die USA, Europa selbst, vielleicht sogar grosse Teile der Welt haben bislang profitiert von einem befriedeten und prosperierenden Europa. Nun stehen die wahrscheinlich grössten Herausforderungen seit dem Ende des Kalten Krieges an: Die Bewältigung der Auswirkungen jahrelanger Misswirtschaft, die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise, Vertrauensschwund seitens des wichtigsten NATO-Partners USA, die drohende Schwäche der westlichen Führungsmacht USA, eine geostrategische Schwerpunktverlagerung in den pazifischen Raum und die eskalierenden kriegerischen Konflikte vor Europas Haustüre: Das alles erfordert mit allen damit verbundenen Folgen und möglichen Weiterungen Weitsicht und entschlossenes Handeln.

Die Rolle Europas und der europäischen Mächte auf der Weltbühne hängt wesentlich von deren wirtschaftlicher Leistung sowie von der militärischen Verteidigungs- und Durchsetzungsfähigkeit ab. Ersteres ist zumindest in einer ganzen Reihe von peripheren Staaten nicht mehr zur Genüge gewährleistet, vielmehr schon in einem bedrohlichen Zustand – und bezüglich des robusten Potenzials sei auf die zutreffenden Feststellungen Robert Gates verwiesen. Es ist unklar, ob und wie Europa diese Misere meistern wird. Deutlich ist jedoch, dass die bereits mit und nach dem Zweiten Weltkrieg

eingebüsst – aber im eigenen Selbstverständnis noch gelebte – weltpolitische Rolle der alten europäischen Mächte weiter an Relevanz verlieren wird. Grossbritannien beispielsweise ist es längst klar geworden, dass heute ein Einsatz wie 1982 zur Rückeroberung der Falklandinseln nicht mehr möglich wäre.

Wie die Zukunft konkret aussieht, bleibt ungewiss. Es darf spekuliert werden, dass die europäischen Staaten weiterhin stark mit sich selbst beschäftigt bleiben und nebenbei versuchen, das momentan gefährdete Projekt der europäischen Einigung zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. Ob das gelingt, ist offen. In jedem Fall muss befürchtet werden, dass die Alte Welt in der Ausgestaltung der kommenden geopolitischen Ordnung so oder so nur noch eine Nebenrolle erhalten wird.

2. Erkenntnisse für die schweizerische Sicherheitspolitik und Armee reform

2.1 Sicherheitspolitische Trendwende

In einer Welt, in der Demokratie und Frieden weiterhin andauernd erarbeitet und gesichert werden müssen, bleibt Sicherheitspolitik wichtig. Der Bundesrat hat es im neuen sicherheitspolitischen Bericht und im Armeebericht verpasst, die Entwicklung der internationalen Lage adäquat einzuschätzen; ebenso fehlt eine klare Definition unserer nationalen Interessen im Rahmen einer kohärenten Aussen- und Sicherheitspolitik und damit ein abgestimmtes Zusammenspiel dieser Teilpolitiken im europäischen Umfeld.

Der Hang der EU zum Zentralismus in einzelnen Bereichen steht in merkwürdigem Gegensatz zum Konzept des Staatenbundes. Noch schafft die EU denn auch die Konsensfindung unter ihren so unterschiedlichen Mitgliedsländern nur dürftig. Aussen- und Sicherheitspolitik sind keine Gemeinsamkeit sondern weiterhin die Domänen der einzelnen Nationen. Und in Krisensituationen erst recht. Die hinzukommenden Strukturprobleme einzelner Mitgliedstaaten an der Peripherie sind hierbei nicht gerade förderlich, sondern wecken Ungewissheit über die Stabilität des losen Staatenbundes.

Die NATO ist der zweite grosse Garant für Sicherheit und Stabilität in Europa und somit ein Kohäsionsfaktor. Wenn jedoch die Mitglieder es nicht mehr schaffen, angemessene Ressourcen für den Erhalt militärischer Fähigkeiten und ein an den USA gemessenes modernes Technologieniveau bereitzustellen, wird auch die Rolle der NATO sich relativieren.

Die Beobachtung, dass zwei der wichtigsten Organisationen in Europa strukturelle Probleme aufweisen und in naher Zukunft bereits ihre heutige Funktion unter Umständen nicht mehr genügend wahrnehmen können, müsste die unabhängige Schweiz heute zu klaren



Trendwende in der Sicherheitspolitik: Zwingt das Parlament den Bundesrat zur Korrektur?

Konsequenzen verleiten: Eine Renationalisierung der Politik ist nicht auszuschliessen. Als Versicherung gegenüber möglichen Kollateralschäden aus Konflikten aller Art mit all ihren Konsequenzen in Europa und den angrenzenden Regionen braucht die Schweiz ein einsetzbares Machtmittel in Form funktionierender Streitkräfte. Da die materielle Vorbereitung hinsichtlich einer sich abzeichnenden Krise immer zu spät kommt,¹⁰ ist es jetzt an der Zeit, die überreformierte Armee wieder zu stabilisieren und ihr deutlich mehr Ressourcen zuzusprechen. Denn Hoffnung alleine entspricht keinem modernen Risikomanagement.

2.2 Fehlentwicklungen und Denkfehler des Bundesrates

Die mit den aktuellen Reformschritten im Bereiche der Armee (Armeebericht 2010 des Bundesrates) geplante Konzentration auf wahrscheinliche Einsätze hört sich im politischen Jargon gut an und lässt sich auch aufgrund des niedrigeren Finanzbedarfs leicht rechtfertigen.

Bevor solch drastische Einschnitte akzeptiert werden, müssen die Absicht und damit verbundene Konsequenzen diskutiert werden: Was bedeutet denn die Konzentration auf «wahrscheinliche Einsätze»? Und ist

¹⁰ Wir erinnern, weder der Kriegsausbruch 1939 noch die Dimension des Kalten Kriegs, noch der Zusammenbruch der Sowjetunion 1991, noch die Anschläge des 11. Septembers 2001, noch die arabische Revolution 2011 wurden erahnt.

die definierte «Wahrscheinlichkeit» überhaupt verlässlich? Mit wahrscheinlichen Einsätzen meint das VBS ausschliesslich Existenzsicherungsoperationen mit nachgelagerten subsidiären Sicherungseinsätzen. Diese umfassen nebst der ständigen Wahrung der Lufthoheit am Boden:

- Die Unterstützung der Polizei beim Personenschutz
- Unterstützung des GWK im Grenzpolizeidienst
- Schutz von Konferenzen und internationalen Veranstaltungen
- Schutz wichtiger Objekte
- Schutz von Personen und besonders schutzwürdigen Sachen im Ausland
- Unterstützungseinsätze
- Katastrophenhilfe

Im genannten Einsatzspektrum werden die am Ende von den politischen Behörden zu verantwortenden Einsatzregeln niemals schwere Waffen zulassen, da es weder Szenarios noch einen politischen Willen geben wird, die deren Einsatz rechtfertigen würden. Auch wird nie eine in der Verantwortung stehende politische Behörde, die von Truppen subsidiär unterstützt wird, in den Einsatzregeln schwere Waffen erlauben. Zusammengefasst würde das Leistungsprofil des Gros der Kampftruppen auf das Niveau einer privaten Bewachungsfirma reduziert. Ebenso braucht es für diese Aufgaben kaum taktisches Wissen und Erfahrung. Die Einheiten werden zu reinen Logistik-Providern zu Gunsten der Mannschaft degradiert; als taktische Formation sind sie so nicht mehr zu verstehen. Im genannten Einsatzspektrum braucht es ebenso keine Organisationsform mehr wie sie die Armee bietet: Bataillons- und Brigadestäbe würden obsolet.

Generell wird die Eintretenswahrscheinlichkeit verschiedener Szenarien aus Sicht aktueller weltpolitischer Entwicklungen eher fahrlässig beurteilt. Faktum ist, dass niemand weiss, wie sich die Welt weiterentwickelt. Eine Situation, die einer Teilmobilisation der Armee zwecks Schutzes kritischer Infrastruktur bedarf, ist ebenso denkbar, wie eine Teilmobilisation zur Bildung einer Gegenkonzentration im Grenzraum zur Abhaltung feindlicher Truppen. Die Haltung, nur eine positive Entwicklung Europas annehmen zu wollen, entspricht einem schlechten Risikomanagement.

2.3 Realistischere Annahmen der Volksvertretung

Der Ständerat und nun auch die sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats kritisieren die bundesrätlichen Abbauszenarien und sind bereit, der Armee mehr finanzielle Ressourcen zu bewilligen. Diese sicherheitspolitische Kehrtwende – wird sie denn auch von beiden Kammern definitiv vollzogen – kommt fünf vor zwölf. Die jahrelangen Sparübungen haben in der Armee drastische Fähigkeitslücken aufgerissen. Viele Schlüsselfähigkeiten, die unsere Streitkräfte dereinst beherrschten, sind nicht einmal mehr ansatzweise vorhanden.

Mit dem von der SiK Ständerat geforderten Zusatzbericht zum bundesrätlichen Armeebericht liegen nun Diskussionsvarianten vor, die ausgehend von den Personalbeständen 60'000, 80'000, 100'000 und 120'000 mit jeweils einem bestimmten Leistungsprofil verknüpft sind. Das Parlament muss sich auf eine Variante 120'000 resp. 100'000 Mann konzentrieren, denn alle anderen Varianten bieten nicht ausreichend Leistung, und damit zu wenig Schutz. Das Geld dafür wäre zum Fenster hinaus geworfen. Denn nur die Kernkompetenz Verteidigung ist hinreichende Begründung für die allgemeine Wehrpflicht. Kann sie nicht glaubwürdig erfüllt werden, sind Wehrpflicht und Milizprinzip obsolet und können andere, kostengünstigere Lösungen (allgemeiner Gemeinschaftsdienst; Kooperation mit mil. Bündnissen etc.) entwickelt werden.

Eine saubere Definition unserer schweizerischen Interessen würde Folgendes aufzeigen:

2.4 Wir brauchen primär eine glaubwürdige Eigenleistung

Zunächst einmal braucht eine glaubwürdige Sicherheitspolitik eine ebenso glaubwürdige Eigenleistung: Aufgrund der sich überstürzenden Ereignisse in Nordafrika und im arabischen Raum ist uns allen bewusst geworden, wie instabil die geopolitischen Verhältnisse auch heute noch sind. Es geht rasch, bis wir – sei es über die Flüchtlinge, sei es über die Ölpreise oder sei es über Interventionen der Grossmächte – auch Teil der

Auswirkungen sein können oder sein werden. Um Energie geht es auch in Japan, wo eine Naturkatastrophe zum Versagen einer risikoreichen Grosstechnologie geführt hat. Tsunami und Nuklearkatastrophe machten in ert Stunden die Mobilisation von 100'000 Mann Militär nötig, nota bene: Vom Tsunami war ein Gebiet in der Grössenordnung von 440 Km² (ein Drittel des Kantons Aargau) betroffen. Beide welthistorischen Ereignisse lassen nur einen Schluss zu: Eine Armee, so wie sie zurzeit vom Bundesrat im Armeebericht vorgesehen ist, ist zu klein und verfügt über zu wenig Leistungsfähigkeit.

Die Armee ist die einzige Sicherheitsreserve in der Hand der Schweizer Regierung. Nur eine modern ausgerüstete und für die personalintensiven Aufgaben genügend grosse Armee ist in der Lage, die Schweiz und ihre Bevölkerung zu verteidigen und die kantonalen Behörden zu unterstützen. Die stete Reduktion der Armee(-Ausgaben) auf wahrscheinliche Einsätze ist von der Realität diskreditiert worden. Von der Politik sind die gefährlichsten Bedrohungen zu berücksichtigen und die nötigen Mittel zu deren Abwehr zu sprechen.

Wichtige Milizorganisationen verlangen darum zu Recht einen aktiven Armeebestand (ohne Schulen und Basisleistungen) von mindestens 100'000, besser 120'000 vollständig ausgerüsteten Armeeingehörigen und eine notwendige Reserve an inaktiven Soldaten, basierend auf einem klar definierten Leistungsprofil in zeitlicher und räumlicher Hinsicht; und ein Budget für die militärische Landesverteidigung von jährlich mindestens 5 Milliarden Franken; dabei sind Möglichkeiten aufzuzeigen, wie die nötige Finanzierung mittel- bis langfristig sichergestellt werden soll.

Wünschbar wäre eine Durchsetzung der Motion «Beschaffung von Kampfflugzeugen», die nun auch durch den Ständerat gestützt wird, und die Wiederaufnahme der Beschaffung des Tiger-Teilersatzes, die vom Bundesrat unverantwortlicherweise abgebrochen wurde; der Willen des Parlamentes nach einer raschen Beschaffung der dringend nötigen Kampfflugzeuge ist durch den Bundesrat zu respektieren. Die von EFD und VBS erarbeiteten Finanzierungspläne liegen vor.

Ebenso wünschbar wären die Sistierung der überhastet eingeleiteten sowie die Überprüfung der vorge-

sehenen Massnahmen zur Ausserdienststellung von Ausrüstungsgütern und Infrastrukturen.

2.5 Aus Eigeninteresse brauchen wir auch sinnvolle Verbundleistungen

Zu unseren Interessen gehören auch Solidarität und Stabilität, besonders im europäischen Umfeld. Manchmal scheint es, als ob hierzulande die Probleme der Europäischen Union primär mit Häme betrachtet werden. Das wäre doppelt falsch: Erstens stimmt der Schein nicht, zweitens müssen alle wissen, dass der wirtschaftliche Erfolg der Schweiz insbesondere von der Stabilität und vom Wohlstand Europas als unserem Hauptzielland der Exporte abhängt – und die europäische Union leistet hierbei einen wichtigen Beitrag.

Mit ihrer humanitären Tradition, ihrem solidarischen Engagement, ihrer Neutralität und einer aktiven Vermittlertätigkeit in Konflikten dient die Schweiz nicht nur der Staatengemeinschaft, sondern auch ihrer eigenen Sicherheit. Heute können zahlreiche Verteidigungsaufgaben im engeren Sinne nur dann sachgerecht erfüllt werden, wenn beispielsweise nachrichtendienstliche Verbindungen mit dem Ausland die dafür nötigen Beurteilungs- und Entscheidungsgrundlagen liefern. Und nur im multinationalen Verbund wäre auch eine Raketenabwehr zu bewältigen. Auch bezüglich Luftverteidigung sollte man sich keinen Illusionen hingeben: Ohne weiträumige Aufklärungskapazitäten sind Luftoperationen in eigener Regie nicht zu führen. Sogar während der Fussball-Europameisterschaft 2008 war die Schweizer Luftwaffe auf die Unterstützung durch luftgestützte Aufklärungsmittel der französischen Luftstreitkräfte – mit denen sie im Übrigen nach kürzester Zeit interoperabel war – angewiesen.

Um umfassende nationale Sicherheit in Zukunft gewährleisten zu können, ist im Rahmen einer modernen Selbstbehauptungsstrategie mehr Gewicht auf einen stärkeren Beitrag zu kooperativen Stabilisierungsbemühungen zu legen. Denn die Schweiz kann sich von globalen Problemen künftig noch weniger abschotten. Eine Mitarbeit an deren Lösung ist auch in unserem Interesse. Die Förderung von Frieden und Sicherheit, die Schaffung von Wohlstand, der Schutz von Menschen-

rechten, die Pflege von Demokratie und Rechtsstaat und der Schutz der Umwelt sind die Leitplanken unserer Aussenpolitik – sie sind künftig zwingend mit der Sicherheitspolitik abzustimmen. Aussen- und sicherheitspolitisch muss darum klarer aufgezeigt werden, dass die Schweiz bereit ist, ihren Beitrag zur internationalen Stabilität zu leisten. Ein hohes Technologieniveau ermöglicht dabei der Schweiz, mit ausgesuchten und raren Schlüsselfähigkeiten einen wichtigen Beitrag zu internationalen Einsätzen leisten zu können. Soll die Diskrepanz zwischen den schweizerischen Verteidigungsvorstellungen und den europäischen Realitäten nicht noch grösser werden, sollten die entsprechenden Problemfelder unvoreingenommen und breit diskutiert werden können.

2.6 Wehrsystem: Alleine der Verteidigungsauftrag begründet die Wehrpflicht

Das Milizsystem schweizerischer Prägung ist eng mit der Wehrpflicht verknüpft. Da die Schweiz eine zahlenmässig kleine Bevölkerung hat, ist das Milizsystem nur im Verbund mit der Wehrpflicht überlebensfähig. Der Bundesrat ist drauf und dran, im Rahmen des Armeeberichtes und der weiteren Verzichtplanung eine Armee zu strukturieren, die wesentliche Kernkompetenzen zur Erfüllung des Leistungsbündels «Verteidigung» nicht mehr aufweist. Damit stellt er indirekt die Wehrpflicht zur Diskussion: Denn die Wehrpflicht kann nur so lange begründet und legitimiert werden, wie alle Armeeaufgaben (Einsätze und Grundbereitschaft) mit vollständigen Fähigkeiten erfüllt werden. Ist die Armee nicht mehr zur autonomen, klassischen Verteidigung

befähigt, fällt die Wehrpflicht. Denn die subsidiären Armeeaufgaben (Beiträge zur Existenzsicherung und Friedensförderung) lassen sich nach Wegfall des Verteidigungskerns mit entsprechender Aufrüstung von anderen Organisationen, insbesondere Polizei und Blaulichtorganisationen, effizienter und ohne Wehrpflicht erbringen.

Gerade angesichts der aktuellen Lageentwicklungen in Europa, im Nahen und Fernen Osten lässt sich nur eine weitestgehend zur autonomen Verteidigung befähigte, leistungsfähige Schweizer Armee mit hoher Qualität rechtfertigen. Das im Armeebericht vorgelegte Armeemodell mit 80'000 Mann und 4,4 Milliarden Franken Jahresbudget entspricht diesem Anforderungsprofil nicht und kann wesentliche Leistungsaufträge nicht erfüllen; werden die vom Bundesrat zusätzlich verlangten Verzichtspläne (im Herbst 2011 vorliegend mit drei Varianten) umgesetzt, dann schon gar nicht. Entweder reduziert der Bundesrat das Leistungsprofil oder er akzeptiert, dass es zu seiner Erfüllung mehr Ressourcen braucht, als er aktuell einzuplanen bereit ist. Oder anders: Zur Abdeckung der verbleibenden mickrigen Leistungen unter Einhaltung der bundesrätlichen Eckwerte braucht es weder die allgemeine Wehrpflicht noch die einfach fortgeschriebenen 4 Milliarden Franken, und schon gar nicht die heute viel zu gross und teuer geratene VBS-Verwaltung.

Die 80'000-Mann-Armee funktioniert nur mit mind. 4,9 Milliarden, eine ausreichende Durchhaltefähigkeit erfordert gar 100'000 oder 120'000 Mann mit deutlich über 5 Milliarden Franken jährlich. Ein genauer Blick zeigt, dass das Wehrmodell den grössten Kostenblock bildet: Die mehrfache jährliche Auserziehung der



Kampftruppen: Einzige Leistungserbringer für die höchste Intensitätsstufe eines Konfliktes.



Existenzsicherung: Ein Mitnahmeeffekt unserer Armee, bei der Variante 80'000 trotzdem nur noch ungenügend sichergestellt.

rund 18'000 Wehrpflichtigen pro Jahrgang auf den rund 38 Waffenplätzen. Dieser Block fällt bei allen Armeegrössen an, solange das Wehrmodell (Wehrpflicht und Miliz) bleibt. Er macht den Löwenanteil der jährlichen Betriebskosten von rund 3 Milliarden Franken aus. Das exakte Leistungsprofil beeinflusst somit weniger die Betriebskosten als den Investitionsanteil: Dort bestimmen Technologielevel und Zahl der verfügbaren Einheiten/Soldaten den weiteren Kostenblock.

Eine Erhöhung der Zahl der Soldaten wirkt sich primär auf die Anzahl der gleichzeitig anpackbaren Aufgaben sowie auf die Dauer aus, über welche eine bestimmte Aufgabe erfüllt werden kann (Durchhaltefähigkeit). Eine realistische Annahme bezüglich Leistungs- und Durchhaltefähigkeit führt im Milizsystem zu einer Grössenordnung von 5 Mia. CHF jährlich. Die von der SiK Ständerat verlangten Zusatzberichte prüfen Varianten mit 60'000, 80'000, 100'000 und 120'000 Mann. Sie kosten alle (Betriebsausgaben pro Jahr, Investitionsanteil und Immobilien) zwischen 4,5 und 5,4 Mia. CHF jährlich. Nicht zuletzt zeigen die Ereignisse in Japan im März 2011, dass die aktuell diskutierten Modelle – besonders aber das bundesrätliche Armeemodell im Armeebericht – auch im Bereich der Existenzsicherung ungenügende Leistungsprofile aufweisen. Die japanische Regierung hat innert zwei Tagen für den Katastropheneinsatz in den betroffenen Gebieten 100'000 Soldaten mobilisiert. In den bundesrätlichen Annahmen wären noch rund 35'000 Mann verfügbar. Und auch das nur für kurze Zeit.

Die Diskussion wirft auch die Frage nach alternativen Wehrmodellen auf – Stichworte sind Freiwilligenmiliz,

Wehrdienst am Stück oder Berufsarmee. Ihnen ist aufgrund der realistischerweise anzunehmenden Mengengerüste allen gemeinsam: Von den heute notwendig erachteten Leistungsbündeln könnte wohl keines mehr ohne massive Abstriche erfüllt werden: Auslandseinsätze wären noch schwieriger durchzuführen; grössere Sicherungs- oder gar Verteidigungsoperationen wären unmöglich. Auch grössere Einsätze zur Existenzsicherung wären damit ebenfalls infrage gestellt. Der Wechsel des Wehrmodells brächte unweigerlich eine drastische Anpassung und Reduktion der Armeeaufträge nach unten mit sich und bedingte die Aufrüstung anderer Berufsorganisationen; im Verteidigungsbereich verbliebe eine vergleichsweise teure Berufsarmee und brächte mangels ausreichender Eigenleistung die Notwendigkeit des Beitrittes zu einem Verteidigungsbündnis. Solange ein Schweizer Bündnisbeitritt politisch nicht machbar ist und solange von der Armee ein Leistungsspektrum im heutigen Rahmen verlangt wird, bleibt die Milizarmee mit Wehrpflicht für unseren souveränen Kleinstaat die naheliegende, effiziente und vernünftige Option, die allerdings ihren Preis hat. Ein oft vergessene Faktor: Milizarmee und Wehrpflicht üben – als eine der wenigen Bundesinstitutionen – faktisch nicht wegzuleugnende Kohäsions- und Integrationskräfte auf unsere Nation aus. Die Schweiz braucht diese weiterhin – respektive gerade heute.

Eine Grundsatzdebatte über die Eckwerte Milizsystem und Wehrpflicht ist erst dann angebracht, wenn markante Abstriche an den heute noch für notwendig erachteten Leistungsbündeln gemacht werden können. Dazu müssten EU und NATO sich langfristig als stabil und sicher erweisen. Denn erst wenn die Wahrscheinlichkeit militärischer Konflikte und grösserer Unruhen in Europa über längere historische Perioden tatsächlich tief bleibt, würde das zur Folge haben, dass das konventionelle und nukleare militärische Potential auch von den grossen Staaten auf Niveaus reduziert wird, welche bedeutungslos sind. Weiter müsste wohl parallel dazu ein Bündnisbeitritt minimale politische Chancen haben. Bis diese Voraussetzungen eventuell eintreffen, werden Jahre vergehen. Denn gerade die künftige Stabilität der EU ist in den Tagen des Ringens um die Währungs- und Schuldenkrise offener denn je.

3. Erkenntnisse für Ausbildung, Ausrüstung, Struktur und Einsatz der Infanterie

3.1 Die Einsatzdoktrin der Infanterie im Spiegel der realen Entwicklungen

Wenn die Einsatzdoktrin einer Waffengattung überdacht wird, nehmen die Planer die Konsequenzen aus eigenen Einsatzerfahrungen zur Hand. Fehlen diese, wird auf fremde, einsatzerfahrene Streitkräfte geschielt; allen voran auf die USA. Dabei entbrennt regelmässig der Streit der Ideologien: Die einen glauben, durch ihre Analysen Tendenzen für die künftige Einsatzdoktrin ableiten zu können, andere sehen aufgrund völlig anderer Rahmenbedingungen wenig Adaptierbares.

Speziell beim Einsatz der Infanterie werden oft angebliche Trends hervorgehoben, die – militärhistorische Kenntnisse vorausgesetzt – weder neu noch richtig sind. Weil ein feindlicher Angriff mit regulären Truppen kaum mehr im Vorstellungsvermögen des vom Frieden und Konsum träge gewordenen Bürgers liegt, werden Einsatzszenarien primär im Katastrophenschutz und in der Unterstützung der zivilen Behörden gesehen. Beides entspricht nicht der Raison d'être einer Wehrpflicht-Armee. Sichergestellt können diese existenzsichernden Fähigkeiten trotzdem subsidiär, weil eben nur das Militär über die notwendigen Ressourcen (Material, Personal und Strukturen) verfügt, um existenzielle Krisen bewältigen zu können. Beiträge zur Existenzsicherung sind jedoch lediglich Mitnahmeeffekte, die sich aus der Fähigkeit ergeben die Hauptaufgabe zu bewältigen. Ein Soldat, der kämpfen kann, ist immer auch in der Lage, einen Sicherungseinsatz zu leisten. Und ein Genist, der Panzerbrücken bauen kann, baut auch Schutzdämme.

Eine Reduktion, verbunden mit Schwergewichtsverlagerungen hin zu Katastrophenschutz und subsidiärer Unterstützung, wäre im heutigen Umfeld ein verantwortungsloses Risikomanagement. Denn der Umkehrschluss, wer subsidiäre Einsätze leisten kann, könne auch kämpfen, ist grundfalsch. Der vielleicht gut im Objektschutz trainierte Infanterist wird nicht per se einfach auch im Feuerkampf bestehen können. Nur diese letztere Fähigkeit zählt aber für die Existenz einer Armee



«Mission erfüllt», verkündete Bush Anfang Mai 2003 auf dem Träger USS Abraham Lincoln. Die Geschichte lehrte ihn eines Besseren.

– ob der eigenen oder einer fremden! Zum Feuerkampf fehlen aber heutzutage in der Schweizer Armee wesentliche Mittel und Fähigkeiten: Die Panzerabwehr kann durch die Infanterie lediglich noch auf die gefährliche Kurzdistanz von 250 m sichergestellt werden; die eigene Bogenfeuerunterstützung wurde reduziert auf 5 km und die Gefechtsfahrzeuge Piranha sind mit dem 12.7-mm-Mg deutlich unterbewaffnet, respektive es fehlt der Mix mit schwereren Bordwaffen.

Herangezogene Referenzszenarien beziehen sich ebenso auf die Erfahrungen fremder Mächte auf dem Balkan, im Irak, in Afghanistan und in den Palästinensergebieten. Im Falle des Irak nahmen sich andere Adaptanten erstaunlicherweise nicht die erste Phase der Operation «Iraqi Freedom», also den eigentlichen Irakkrieg zum Vorbild, sondern lediglich die nachgelagerte Raumsicherung – ansonsten müsste ja der Luftkrieg und der mechanisierte Angriff mit Kampfbrigaden geübt werden... Die USA haben sich auf jeden Fall, nachdem Bush sein «mission accomplished» aller Welt verkündete, eine «blutige Nase» geholt und mussten feststellen, dass auch im 21. Jahrhundert trotz überlegener Luftwaffe und Panzerverbänden die Infanterie für den Nahkampf und das Halten von Gelände unverzichtbar ist.

In sämtlichen neueren Konflikten, in denen westliche Truppen involviert waren, zeigte sich, dass die Beherrschung von überbautem und gekammertem Gelände über den Ausgang eines Konfliktes entscheidet. Vor diesem Hintergrund ist es sehr fragwürdig, dass mit der Armee reform XXI in der Schweiz die Gebirgsinfanterieba-



Deutsche Gebirgsjäger: Für den Kampf im Gebirge ausgebildete Infanteristen. Im Alpenland Schweiz nicht mehr vorhanden.

taillone den Feldinfanteriebataillonen gleichgestellt wurden. Die Konzentration des gebirgstechischen Know-hows auf wenige, für den Kampf nicht ausgebildete Gebirgsspezialisten hat gravierende Folgen: Die Schweizer Armee ist nicht mehr in der Lage, $\frac{2}{3}$ des Schweizer Territoriums ausreichend kompetent zu beherrschen. Damit soll keineswegs einem historischen Gebirgsmythos gehuldigt werden, es geht vielmehr um die Sicherstellung einer angemessenen Mobilität, Waffenwirkung, Schutz, Führungs- und Überlebensfähigkeiten in unserem Hauptgelände. Sämtliche Erfahrungen aus militärischen Konflikten zeigen, dass sowohl überbautes als auch gekammertes Gelände die grössten Herausforderungen stellen, die nur durch entsprechend trainierte und ausgerüstete Infanterie abgedeckt werden kann. Die NATO-Truppen in Afghanistan haben das empfindlich zu spüren bekommen. Einem im Gebirge operierenden Gegner ist mit Drohnen und Helikoptern alleine nur beschränkt beizukommen. Gebirgstruppen müssen splittergeschützt (luft-)transportiert, dann aber mit den eigenen Füßen das unwegsame Gelände bewältigen können.

Für die Feldinfanterie gelten andere Massstäbe: Moderne Feldinfanterie braucht mechanisierte Mittel; offe-

nes und überbautes Gelände setzt für die Verschiebung der taktischen Formationen geschützte Mobilität voraus.

Ebenso mussten in Afghanistan adäquate Einsatzformen einer Besatzungsmacht im Umgang mit einer bis zur Selbstaufopferung bereiten Bevölkerung erfahren und gelernt werden. Die blei- und sprengstoffgeschwängerten Erfahrungen wurden durch das Hauptquartier der US-Army in den neuen Führungsvorschriften verarbeitet.¹¹ Ihren wohl zutreffendsten Ausdruck fanden sie schliesslich in der Definition des Operationstyps «Full Spectrum Operations», der eben das ganze Spektrum von offensiven, defensiven, aber auch stabilisierenden und unterstützenden Einsätzen enthielt.¹²

Die «Lessons learned» entsprechen den Bedürfnissen einer Schutz- oder Besatzungsmacht, die in unfreundlichem Territorium die Lage stabilisieren muss. Bei manchen westlichen Streitkräften – so auch in der Schweiz – waren in der Folge ebenfalls Anpassungsversuche in der Doktrin des Infanterieeinsatzes feststellbar. Es erschien hierzulande eine Reihe von – nie endgültig autorisierten – Reglementen über den Einsatz einer «polyvalenten» Infanterie, die ihren Ursprung in der Konzeption XXI hatte. Auch das «Infanterieebrevier» hat nur vorläufigen Charakter.

Alle Ausbildungsdoktrinen haben gemeinsam, dass die stabilisierenden und unterstützenden Einsätze vorangestellt werden, während Angriff und Verteidigung

¹¹ Vgl. Headquarters Department of the Army (Hg.), Field Manual 3-24 Counterinsurgency, Dezember 2006.

¹² Vgl. Headquarters Department of the Army (Hg.), Field Manual 3-0 Operations, Februar 2008.

(gegen einen konventionellen oder zumindest zur höchsten Intensität befähigten Gegner) kaum mehr geübt werden - eine Ausnahme bilden die zwei den Panzerbrigaden unterstellten Infanteriebataillone. Das Gros der Infanterie und somit das Gros der Kampftruppen ist de facto für Operationen mit hoher Intensität heute nicht mehr ausgebildet, es fehlt ebenso die Ausrüstung. Damit sind das Nehmen und Halten von Gelände inklusive Nahkampf kaum mehr gewährleistet. Es droht eine Zweiklassen-Infanterie: Zwei Infanteriebataillone, die den Kampf noch üben, und auf der anderen Seite das Gros der Infanterie abgestellt und abgerüstet für wenig intensive Bewachungsaufgaben.

3.2 Zu Schutz, Mobilität und Wirkung kommt die Führungsfähigkeit

Ausrüstung und Trainingsstand von Kampftruppen können an den Faktoren Schutz, Mobilität und Wirkung gemessen werden. Als ebenso massgeblicher Faktor kommt die Führungsfähigkeit hinzu. Die stete Verbesserung der Sensorik und Verbindungen lassen heute Nachrichten quasi in Echtzeit zu einem Lagebild verschmelzen. Mit den heute theoretisch zur Verfügung stehenden technischen Mitteln wird bereits der Gefechtsstand auf niedriger taktischer Stufe zu einem eigentlichen kleinen Nervenzentrum der Führung. Nach der Mechanisierung und Elektrifizierung des Schlachtfeldes ist seit einigen Jahrzehnten dessen rasche Elektronifizierung feststellbar. Der Vorgang wird in der Literatur auch als Übergang vom Industrie- ins Informationszeitalter beschrieben. Analog zu allen Bereichen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens findet durch den Einsatz von immer kleiner werdenden Rechnern und leistungsstarker Datenübermittlung eine zunehmende Vernetzung des Gesamtsystems statt.¹³

Für die Infanterie sind dabei zwei interoperable Systeme entscheidend: Zum einen ein Führungs- und Informationssystem, das die Planung und Führung von Operationen durch eine digitale Lagedarstellung in Echtzeit ermöglicht – quasi der Feldherrenhügel in Form des Bildschirmes. Es braucht hierzu ein Netzwerk von stationären und fahrzeuggestützten Sensoren und Effektoren, eine leistungsstarke Datenübermittlung und

geübte Lagezentren, die in der Lage sind, die Informationen zu filtern und auszuwerten. Zum anderen hat die voranschreitende Miniaturisierung der Elektronik inzwischen einen Stand erreicht, der es ermöglicht, auch den einzelnen Soldaten an das Gesamtsystem direkt anzuschliessen sowie Schutz, Wirkung und Verbindungen des Individuums zu verbessern. Der einzelne Soldat wird somit zum feinsten Sensor und Effektor¹⁴ in der Verästelung des Gesamtnetzwerkes.

3.3 Komplexität der Ausbildungsinhalte steigt mit technologischer Entwicklung

Die Modifizierung der persönlichen Einsatzrüstung befindet sich in der Schweiz noch in Erprobung. In Afghanistan werden solche Systeme von NATO-Staaten bereits im Feld eingesetzt. Es ist augenscheinlich, dass die Systeme noch rudimentär sind und in den nächsten zehn Jahren eine weitere Verfeinerung und Entwicklung durchlaufen werden. Grenzen setzt dabei lediglich der Mensch: Da aufgrund der unverzichtbar erscheinenden Elektronik und der dazu notwendigen Akkus das Traggewicht des einzelnen Infanteristen enorm gestiegen ist, wird heute von der Rüstungsindustrie an Exoskeletten geforscht. Diese sollen dem Soldaten helfen, trotz hohem Gewicht aufgrund mitgeführter Elektronik, Panzerung und Waffen die Mobilität und Agilität zu wahren. Was vor Kurzem noch als Futurismus abgetan wurde, wird bald die Infanterie verändern. Die Frage lautet allerdings, wer sich solche Systeme zu leisten vermag.

Denn mit der zunehmenden Komplexität der Ausrüstung steigen auch die Anschaffungs- und Unterhaltskosten. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass Personensysteme von heute und morgen von keiner Armee flächendeckend angeschafft werden können und somit Spezialtruppen vorbehalten sind.

Das zweite Problem betrifft die Ausbildung. Mit je-

¹³ Vgl. dazu auch unsere früher veröffentlichte Studie: «Vernetzte Operationsführung - Führungsinformationssysteme: Die Schweizer Armee hat die wichtigste technologische Schwelle zu Beginn des 21. Jahrhunderts überschritten.», VSWW, März 2008.

¹⁴ Auf seiner Stufe bleibt er auch Entscheider (Filtersysteme verhindern ein unnötiges Mikromanagement), vor allem in Einsätzen inmitten der Bevölkerung: Dort ist jeder Einzelne dem teils irregulären und medialen «Gefecht» ausgesetzt.

dem zusätzlichen Ausrüstungsgegenstand steigt der Ausbildungsbedarf. Aus diesem Grund muss hierzu mit der Evaluation geklärt werden, inwiefern das System des jeweiligen Anbieters miliztauglich ist.

Auf jeden Fall wird die Ausrüstung der Infanterie in wenigen Jahren nicht mehr dieselbe sein wie heute. Die Technologie schreitet voran und wehe dem, der den Anschluss verpasst. Fortschrittsskeptiker mögen noch heute den Vergleich der technologisch hochgerüsteten US-Armee und den verhältnismässig einfach ausgerüsteten Taliban in Afghanistan herbeiziehen. Doch sie verschweigen, dass auch bei den Taliban GPS-Navigation, Mobilfunk und dergleichen mehr erfolgreich zum Einsatz kommt. Und wenn auch dies relativiert wird, so spricht der Vergleich der Verlustzahlen Bände und nur noch der Terrainvorteil bewahrt sie vor der Niederlage. Es gilt: Reguläre Armeen, die bereits heute ein niedriges Technologieniveau aufweisen, werden den Anschluss verpassen.

3.4 Interoperabilität als *Conditio sine qua non*

Die Problemlösung in modernen Konflikten kann nicht mehr durch artreine Truppen erfolgen. Das Nebeneinander von Kampf-, Schutz und Unterstützungsaufgaben erfordert zusätzliche Spezialisten, respektive auch andere Ausrüstung. Diese Erkenntnis scheint sich zunehmend zu festigen. Die geforderte Interoperabilität bezieht sich auf den Einbezug waffengattungsfremder

Truppenteile sowie ziviler Partnerorganisationen. Das grösste Erfordernis hierzu ist die gegenseitige Angewöhnung. Es gilt, sich in den unterschiedlichen Mentalitäten und Fachsprachen zu finden. Dies ist längst nicht nur im Umgang mit zivilen Einsatzkräften notwendig. Auch auf militärischer Seite werden Zuteilungs- und Unterstellungsthemen noch zu wenig in Übungen miteinbezogen.

Das Potential eines Infanteriebataillons – und dieses wird wohl in den meisten Fällen der Nukleus für einen massgeschneiderten Verband sein – steigt immens, wenn schwere Mittel der Panzertruppen, Genie, mobile Sanitätsstellen, Schiesskommandanten der Artillerie oder (wenn die Fähigkeit Feuer Luft/Boden endlich wieder möglich ist) Fliegerleitoffiziere¹⁵ zugeteilt werden. Entscheidend ist, dass die Unterstellungen und die damit verbundenen Verfahren geübt werden.

3.5 Reaktionskräfte versus grosse Reserve

Wer angesichts fehlender konkreter militärischer Bedrohungen ausschliesslich für Katastrophenschutzverbände und Profiformationen argumentiert, verdrängt, dass die allermeisten Aufgaben im subsidiären Bereich nicht zwingend durch die Armee erledigt werden müssen. Und den Fall, dass je wieder eine grosse Reserve zur Abwendung einer militärischen Bedrohung vonnöten sein könnte, will sich niemand vorstellen, so dass diese strategische Verantwortung vernachlässigt wird.



Ein Fenster in die nahe Zukunft: 1. Füsilier mit heutiger Ausrüstung, 2. In der Erprobung befindliches System IMESS, 3. Exoskelett von Raytheon.

Die Frage, ob immer verfügbare Reaktionskräfte oder eine grosse Reserve der Situation angemessen sind, führt zwangsläufig zur Grundsatzdiskussion über die richtige Wehrform.

Die Organisation von Reaktionskräften im Rahmen eines Milizsystems bringt grössere strukturelle Probleme mit sich. Die Alarmbereitschaft und Mobilisierung bestimmter Milizverbände kann zwar sichergestellt werden, ihre Verfügbarkeit für längere Einsätze ist jedoch unrealistisch – es fehlt die Durchhaltefähigkeit; zu gravierend sind die Arbeitsmarktnachteile für längere Absenzen von auf Piquet stehenden Milizsoldaten. Besser geeignet ist der Personalmix innerhalb des gleichen Systems: Die Verwendung von Durchdienern oder Berufssoldaten für eine höhere Bereitschaft, wie wir es heute bereits haben. Dabei sind folgende Probleme zu beachten: Bei den Durchdienern handelt es sich zwar um Wehrpflichtige, sie sind jedoch keine Milizsoldaten im eigentlichen Sinne, auch wenn unentwegt das Gegenteil behauptet wird.

Wie weit die Schweiz überhaupt Reaktionskräfte braucht, wäre auch noch zu diskutieren. Einmal ist nicht ersichtlich, was ein Land, das sich in absehbarer Zeit kaum an Missionen im Ausland, die ein rasches Eingreifen erfordern, beteiligen wird, mit Reaktionskräften will. Im Inland sind



Der Bürgersoldat: Ein zeitloses Modell für persönliche Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft.



Forward Air Controller: Die Schiesskommandanten der Luftwaffe können das Leistungspotenzial eines infanteristischen Verbandes massiv steigern.

Szenarien, die wirklich den massiven Einsatz von Bodentruppen aus dem Stand oder nach Mobilisierung erfordern, auf absehbare Zeit auch nicht sehr wahrscheinlich. Und für Aufgaben der Existenzsicherung, die rasches Handeln erfordern, stehen im Normalfall genügend zivile Kräfte zur Verfügung. Zum Zweiten gefährden die beiden Personalkategorien den verfassungsmässigen Milizgrundsatz.

Die Frage Reaktionskräfte oder grosse Reserve lässt sich demnach aufgrund der Systemimmanenz wie folgt beantworten: Für einen neutralen Kleinstaat, der seine Verteidigung alleine oder allenfalls in Kooperation sicherstellen will und sich in der Verfassung auf Wehrpflicht und Milizgrundsatz beruft, ist die grosse Reserve das einzig gangbare Modell. Die Zwischenlösung mit zusätzlichen Anteilen an Personalkategorien für eine höhere Bereitschaft gefährdet das Milizsystem grundsätzlich und sollte deshalb nur mit grosser Vorsicht zur Anwendung gelangen. Die ehrlichste Lösung wäre aus dieser Sicht, sich auf eine grosse Reserve zu konzentrieren, ihre Bereitschaft durch ein effektives Mobilisierungssystem angemessen zu erhöhen und alle Einsätze, für die heute schnelle Reaktionskräfte bereitstehen, an zivile Organisationen zu delegieren.

¹⁵ Im NATO-Jargon: Forward Air Controller.

4. Zusammenfassung der Folgerungen für die schweizerische Sicherheitspolitik und Armeereform

4.1 Erfolgsfaktor Wehrpflicht erhalten

Streitkräfte sind grundsätzlich frei gestaltbar; für die Schweiz sind aus heutiger Sicht mittelfristig als erfolgreiche Modelle nur die gegenwärtige Milizarmee und eine deutlich kleinere Berufsarmee denkbar. Letztere wäre nur im Rahmen eines Bündnisses vorstellbar. Mittelwege sind Übergangslösungen, verunsichern und haben geringe Chance zu bestehen. Die Kontinuität von staatspolitischen Maximen wird auf absehbare Zeit nicht nur unsere sicherheitspolitische Strategie, sondern auch unsere Streitkräftekonzeption prägen: Dazu gehören Fähigkeiten zur Verteidigung aus eigener Kraft und Milizarmee in Form des Volksheeres, basierend auf allgemeiner Wehrpflicht. Letztere lässt sich im Übrigen auch nur über eine glaubhafte Kernkompetenz «Verteidigung» mit der Fähigkeit zum Kampf der verbundenen

Die vom Bundesrat mit dem Sicherheitspolitischen Bericht 2010 vorgeschlagene Sparstrategie als Basis für die laufende Weiterentwicklung der Armee ist untauglich und verantwortungslos. Sie akzentuiert bestehende Fähigkeitslücken, führt zu weiteren Defiziten und gefährdet die Einsatzfähigkeit der Armee auf Jahre hinaus in unverantwortlicher Weise.

Die Verteidigung ist nicht nur die Raison d'être der Armee, sondern auch ihr anspruchsvollster Auftrag. Daher ist die Armee primär für die Verteidigung auszurüsten und auszubilden. Die Armee muss künftig wieder in der Lage sein, die verfassungsmässigen Aufträge uneingeschränkt zu erfüllen. Dafür bedarf sie eines aktiven Bestandes von mindestens 100'000, besser 120'000 Angehörigen und 5,1 Milliarden Franken Budget jährlich. Diese Eckwerte gewährleisten, dass die Erfordernisse, welche an die Leistungs-, Durchhalte- und Reaktionsfähigkeit der Armee zu stellen sind, minimal erfüllt werden können.

Waffen legitimieren: Subsidiäre Aufgaben begründen keine Wehrpflicht.

4.2 Leistungsprofil und Bestandesumfang

Nur eine voll ausgerüstete Milizarmee mit einem aktiven Bestand von mindestens 100'000, besser 120'000 Angehörigen ist in der Lage, die verfassungsmässige Aufträge mit ausreichender Glaubwürdigkeit zu erfüllen. Glaubwürdig heisst: Diese Armeegrösse entspricht den Erfordernissen, welche an die Leistungs-, Durchhalte- und Reaktionsfähigkeit der Armee zu stellen sind.

Der Zusatzbericht vom 28. März 2011 zum Armeebereich 2010 weist nach, dass die anderen Modelle mit geringeren Beständen dazu nicht umfassend befähigt sind. Die vom Bundesrat gezeichnete 80'000-Mann-Armee kann ihre Aufgaben nur mit einem Budgetrahmen von 4,9 Milliarden Franken erfüllen. Angemessen mit Blick auf die Durchhaltefähigkeit sind Mengengerüste von 100'000 resp. 120'000 Mann und Budgets von 5,1 Milliarden Franken jährlich oder mehr.

4.3 Doktrin und Ausbildung für Einsatz auf hohem Intensitätsniveau (plus Interoperabilität)

Die Reduktion auf sogenannte «wahrscheinliche Einsätze» hätte im heutigen Umfeld fatale Folgen: Das Gros der Kampftruppen wird ihr Kerngeschäft, eben die Kampfführung, genauer das Gefecht der verbundenen Waffen, komplett aufgeben und dort keine Leistung mehr erbringen können. Dies bedeutet einen real messbaren Sicherheitsverlust für den Lebens- und Wirtschaftsraum Schweiz.

Die Verteidigung ist die Raison d'être der Armee. Auf einen militärischen Angriff braucht es eine militärische Antwort. Zur Verteidigung braucht es unter anderem die Fähigkeit, das Gefecht der verbundenen Waffen mit Komponenten am Boden und in der Luft zu führen.

Der Milizgedanke und der Zweck der Armee sind tief im Bewusstsein der Bevölkerung verankert. Wird das

Gros der Armee aus anderen Gründen als der einzigen Legitimation für die Wehrpflicht eingezogen, hat dies ein nicht wiedergutzumachender Verlust von Rückhalt in der Bevölkerung für die Armee zur Folge. Konsequenterweise muss die Infanterie für den Einsatz auf hohem Intensitätsniveau ausgebildet werden. Das bedeutet, der eigentliche infanteristische Kampf muss in der Ausbildung oberste Priorität haben. Denn die ganze Infanterie muss schützen und verteidigen können.

4.4 Beherrschung des eigenen Geländes wieder sicherstellen

Der grösste Teil des Schweizer Territoriums ist geprägt durch die Gebirgszüge der Alpen und des Jura. Das Gebirge ist seit je her ein schwierig zu beherrschendes Gelände, das jedoch Chancen und Risiken gleichermassen bietet. Die seit der Armee XXI offensichtlich vorherrschende Haltung, dass Kampfhandlungen nur in überbautem Gebiet zum Tragen kommen können, fundiert weder auf beobachteten Einsatzerfahrungen noch auf einer vernünftigen Lagebeurteilung. Die Reduktion der gebirgstechischen Kompetenzen auf ein bundeseigenes Bergführerzentrum macht durchaus Sinn, jedoch fehlt dabei der ganze Aspekt der Kampfführung im Gebirge. Es muss festgehalten werden, dass die Schweizer Armee heute nicht mehr in der Lage ist, die Hälfte ihres Geländes zu beherrschen.

Aus diesem Grund müssen die drei Gebirgsinfanteriebrigaden oder zumindest mehrere Gebirgsinfanteriebataillone je Brigade wieder schwergewichtig für das Bewegen, Kämpfen und Überleben im Gebirge ausgebildet werden. Hierzu ist es notwendig, dass die Rekruten und Kader aus dem Einzugsgebiet der Gebirgstruppen wieder separat an einer Gebirgsinfanterieschule ausgebildet werden. Vor diesem Hintergrund sollte die bereits beschlossene Liquidierung der permanenten Kampfinfrastruktur im Alpenraum ebenfalls überdacht werden. Die logische Antwort auf moderne bunkerbrechende Waffen müsste die Entwicklung von Bunkeranlagen sein, die einem solchen Beschuss standhalten, und nicht deren Liquidierung.

Zudem: Da ganz offensichtlich für notwendige motori-

sierte Verschiebungen weniger schwere Fahrzeuge vonnöten sind, stünden den Feldinfanteriebataillonen zusätzliche Kampffahrzeuge zur Verfügung, respektive die Instandhaltung würde aufgrund höherer Verfügbarkeit endlich greifen.

4.5 Führbarkeit der Grossen Verbände sicherstellen und Leistungsfähigkeit abrufen

Es ist unabdingbar, dass die Führbarkeit grosser Verbände und von Truppenkörpern gewährleistet ist. Den Tatbeweis bringen nicht Stabsübungen, sondern Volltruppenübungen. Denn erst unter diesen Übungsbedingungen lassen sich Führung, Mobilität und Wirkung beweisen.

Die Stäbe und Strukturen auf Stufe Armee (Armee- und Führungsstab, HKA, LBA, FUB etc.) sind zu straffen und zusammenzulegen. An ihrer Stelle ist ein einziger Stab («Generalstab») unter Leitung des Stellvertreters des Chefs der Armee zu schaffen.

Eine Übung braucht einen genügend mit der Sache vertrauten Übungsleiter. Dies kann nur der SCOS sein. Die operative Schulung muss mindestens auf die Zwei-Stern-Stufe gehoben werden, wenn die Leistungsfähigkeit der grossen Verbände überhaupt irgendwie abgerufen und überprüft werden soll. Sodann sind für die Übungen Szenarien zu wählen, die auf hoher Intensität basieren und für Stufen eine Herausforderung darstellen und mit dem Daseinsgrund der Milizarmee vereinbar sind.

4.6 Konzentration auf Breitband-Reserve

Solange die Verfassung Milizgrundsatz und Wehrpflicht vorschreibt, kann und darf die Schweizer Armee nichts anderes sein als eine Breitband-Reserve zur Schadensbegrenzung innerhalb der schlimmsten Szenarien.

Schnelle Reaktionskräfte gefährdet das Milizsystem per se, da nicht miliztaugliche Personalkategorien vonnöten sind. Wenn die Bewältigung von sich rasch entwickelnden Krisen sichergestellt werden muss, ist zu akzeptieren, dass die heutige Milizarmee dort wenig oder keine Kompetenzen aufrechterhalten muss; diese sind

per Leistungsauftrag an zivile Blaulichtorganisationen zu delegieren. Die Armee muss sich in der Leistungsvereinbarung auf ihr Kerngeschäft grösser als Kaliber 9 mm konzentrieren. Damit würde der Verzettlung der Ressourcen ein Ende gesetzt.

Dass mit der Strategie «Sicherheit durch Kooperation» Leistungen im Verbund mit ausländischen Streitkräften erbracht werden und dass eine angemessene Beteiligung an der internationalen Friedensförderung geleistet werden muss, gebieten unsere Interessen. Das sind letztlich mit der Aussenpolitik abzustimmende Funktionen; das EDA sollte ein Budget für Auslandseinsätze erhalten.

4.7 Rüstung: Weitere Investitionen in Schutz, Mobilität und Wirkung notwendig

Durch die Ausrüstungsliquidationen funktioniert das Gesamtsystem des infanteristischen Kampfverbandes nicht mehr. Der Verband als solches existiert weiterhin, aber unsere Infanterie wäre, auch wenn die entsprechenden Systeme sogleich beschafft würden, über Jahre noch nicht in der Lage, als entsprechender Waffenverbund die geforderte Wirkung zu entfalten. Nebst der Hardware ist auch die Software verloren gegangen, sprich das Wissen um die Funktionsweise und den koordinierten Einsatz.

Entsprechend müssen – ohne hier ein spezifisches Waffensystem zu präjudizieren – analog der folgenden Grundsätze die notwendigen Waffen, Sensoren und Übermittlungssysteme (wieder) beschafft werden. Dass dabei stets ein hohes Technologieniveau angestrebt werden soll, ist selbstverständlich.

Für **Infanteriebrigaden** müssen folgende Grundsätze gelten:

- Durchgehend mechanisiert (rückwärtige Truppenteile mindestens motorisiert)
- Eigene operative Feuerunterstützung mindestens bis 35 km
- Eigene operative Aufklärung
- Eine Task-Force-Struktur, die die Integration von zusätzlichen Verbänden der Pz-Truppen, der Genietruppen, des Sanitätsdienstes, der Luftverteidigung etc. ermöglicht.

Für Gebirgsinfanteriebrigaden:

- Durchgehend mindestens motorisiert (mit einem mechanisierten Kampfataillon oder allenfalls -kompanien)
- Luftmobil
- Eigene operative Feuerunterstützung mindestens bis 35 km
- Eigene operative Aufklärung
- Eine Task-Force-Struktur, die die Integration von zusätzlichen Verbänden der Pz-Truppen, der Genietruppen, des Sanitätsdienstes, der Luftverteidigung etc. ermöglicht.

Für Infanteriebataillone:

- Durchgehend mechanisiert (leicht)
- Panzerabwehr bis 4000 m ab Fahrzeug durch Glattrohrkanonen und Lenkwaffen
- Panzerabwehr bis 2000 m durch Lenkwaffen im abgessenen Einsatz
- Eigene Feuerunterstützung bis 8000 m

Für Gebirgsinfanteriebataillone:

- Durchgehend mindestens motorisiert (splittergeschützt)
- Luftmobil
- Panzerabwehr bis 2000 m durch Lenkwaffen im abgessenen Einsatz
- Eigene Feuerunterstützung bis 8000 m

4.8 Rüstung: Modernisierung der Führungsfähigkeiten vorantreiben

Die Aufrechterhaltung eines angemessenen und vergleichbaren Technologieniveaus wurde bereits einmal – während der Zwischenkriegszeit – sträflich vernachlässigt. Im Falle eines deutschen Überfalls während des Zweiten Weltkrieges hätte die Schweiz teures Lehrgeld bezahlt.

Es findet eine Elektronifizierung des Gefechtsfeldes statt: Mittels elektronischer Vernetzung der Sensorensysteme, Entscheidungsebenen und den Waffenplattformen werden höchst wirksame und effiziente Aufklärungs- und Wirkungsverbunde geschaffen. Das Konzept hierzu heisst vernetzte Operationsführung

und ist vergleichbar mit der Einführung von Telefonie und Funk, welche den Handlungsspielraum der militärischen Führung und damit die Form der Kriegführung seinerzeit radikal veränderten. Es ist also militärgeschichtlich gesehen von einem historischen Wandel zu sprechen. Möglich wurde diese Revolution durch die rasante technologische Entwicklung (insbesondere die Miniaturisierung in der Mikroelektronik).

Mit der Einführung des FIS HE hat die Schweizer Armee nun endgültig den Schritt über diese technologische Schwelle gemacht. Denjenigen, die der Modernisierung nichts abgewinnen können und dafür nur Kritik übrig haben, sei in Erinnerung gerufen, dass Deutschland von 1939 bis 1941 aufgrund technologischer Überlegenheit fast widerstandslos Europa überrennen konnte.

5. Avenir-Suisse-Studie zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Die Stiftung Avenir Suisse veröffentlichte kurz vor dem diesjährigen Sommer eine Studie, die aus unterschiedlichen Perspektiven der beiden Autoren Bruno Lezzi und Daniel Heller die Defizite unserer Sicherheitspolitik beleuchtet. Die Autoren gaben in der Neuen Zürcher Zeitung vom 4. Mai 2011 einen kurzen Einblick in ihre Studie:

Defizite der schweizerischen Sicherheitspolitik

Die Sicherheitspolitik unseres Landes wird zu sehr durch die Finanzen bestimmt, und es fehlt ein strategischer Dialog zwischen Militär und Politik. Die Schweiz muss sich überdies über ihre internationale Rolle klar werden. Von Bruno Lezzi und Daniel Heller

Die schweizerische sicherheitspolitische Debatte der letzten Jahre war durch politische Blockaden gekennzeichnet. Auch momentan scheinen keine Voraussetzungen für eine fruchtbare Diskussion in der Öffentlichkeit gegeben: Die wählerstärkste Partei möchte am liebsten alle Armee Reformen seit 1989 rückgängig machen, die zweitstärkste Partei hat sich vor wenigen Monaten die Abschaffung der Armee als Ziel ins Parteiprogramm geschrieben. Politiker und Experten können sich unter diesen Umständen offensichtlich nicht auf einen fruchtbaren Dialog einlassen. Um eine produktive Weiterentwicklung gewährleisten zu können, müssen inhaltliche und prozessuale Defizite bei der sicherheitspolitischen Neuorientierung behoben werden. Ferner muss sich die Schweiz

über ihre Rolle in einem internationalen Kontext klar werden. Zwar bleibt es Aufgabe des Bundesrates, eine Beurteilung der existenziellen Gefährdungen zu erarbeiten. Im modernen Staatsverständnis ist es aber nicht mehr nur die Exekutive allein, welche die Sicherheitspolitik plant und definiert, sondern diese Aufgabe haben Bundesrat und Parlament gemeinsam wahrzunehmen. Sie beurteilen in einem kooperativen Prozess, welche Bereitschaft angemessen und politisch tragbar ist und mit welchen finanziellen Mitteln, Strategien und Instrumenten die Schweiz ihre Sicherheit gewährleisten will. Die Verwaltung hat schliesslich die konkrete Organisation der Instrumente unserer Sicherheitspolitik an die Hand zu nehmen und ihre Ausgestaltung wiederum durch die Politik genehmigen zu lassen. Trotz der Vorlagen von sicherheitspolitischen Berichten findet seit Jahren eine reine Inputsteuerung über die Finanzen statt. Davon muss Abstand genommen werden. Aufgaben und Finanzen sind, soweit möglich, konsequent miteinander zu verknüpfen – nur das zwingt die politischen Akteure zu einer realistischen Diskussion über die Aufgaben; und dies schafft Gewähr für die Bereitstellung ausreichender Finanzen. Die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel waren – gemessen an den Aufgaben, den Strukturen und am Anspruch – in den letzten Jahren ungenügend. Einem strategischen Dialog zwischen Politik und Militär muss wieder grössere Bedeutung zugemessen werden. Eine Praxis, welcher eine strikte Rollenteilung zwischen Politik und Militär zugrunde liegt, trägt der komplexen Bedro-

SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK DER SCHWEIZ IM 21. JAHRHUNDERT

Wider die sicherheits- und verteidigungspolitische Stagnation:
Für eine Neubelebung der Diskussion auf politisch-strategischer Ebene

Bruno Lezzi

Zwischen Autonomie und Bündnisbeitritt: Gedanken und Postulate zur
Weiterentwicklung der nationalen Sicherheitspolitik

Daniel Heller

DISCUSSION PAPER

Die Diskussion über die zukünftige Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Schweiz wirkt oft reichlich festgefahren. Avenir Suisse ist als unabhängiger Think-Tank geradezu prädestiniert dafür, mitzuhelfen, institutionelle und politische Blockaden zu überwinden. In diesem Sinne umreisst das vorliegende Diskussionspapier in zwei Essays die Anforderungen an die schweizerische Sicherheitspolitik in einem gewandelten Umfeld. Neben den globalen Umbrüchen seit dem Fall des Eisernen Vorhangs und den sich daraus ableitenden veränderten Ansprüchen an eine zeitgemässe Armee im allgemeinen analysieren die beiden Autoren vor allem jene Herausforderungen und Problemfelder, die ganz spezifisch die Schweiz betreffen. Diskutiert werden besonders die Einbettung der Schweiz in die internationale Sicherheitskooperation in Europa, die Konkretisierung des Armeeauftrages sowie das geeignetste Wehrmodell. Die Autoren kommen dabei zu unterschiedlichen Ergebnissen. Bruno Lezzi legt sehr viel mehr Gewicht auf eine stärkere internationale Kooperation und sicherheitspolitische Integration, um umfassende Sicherheit auch in Zukunft gewährleisten zu können. Daniel Heller plädiert hingegen hauptsächlich für eine Strategie der nationalen Selbstbehauptung im Rahmen internationaler kooperativer Stabilisierungsbemühungen.

hung nicht Rechnung. Natürlich entscheidet die Politik, welche Aufgaben die Armee wahrnehmen soll. Das ist eine Binsenwahrheit. Es wäre aber falsch, wenn die Armeeführung, wie dies immer wieder geschieht, mit dem zu simplen Argument, die Politik solle sagen, was sie wolle, mögliche Vorgaben für die Entwicklung der Armee nicht schon in einer frühen Phase des Entscheidungsprozesses mit der Politik bespräche. Auch hier würde die integrierte Betrachtung, welche Aufgaben, Leistungen und Finanzen verknüpft, Abhilfe schaffen. In diesem Zusammenhang ist es nötig, die jeweilige Rolle von Bundesrat und Bundesversammlung in der Sicherheitspolitik zu klären. Die Verantwortungsträger müssen im Lande der direkten Demokratie gerade im Bereich der Sicherheitspolitik, wo aufgrund von Wehrpflicht und Milizsystem Bürger, Wirtschaft und Gesellschaft zur Mitwirkung beigezogen werden, längerfristig Stabilität, Vertrauen und damit Akzeptanz für ihre Konzepte schaffen. Der Bundesrat erhöht diese, wenn er seine sicherheitspolitischen Eckwerte dem Parlament nicht nur zur Kenntnisnahme, sondern zur Genehmigung unterbreitet. Das Parlament hätte in dieser neuen Kompetenzordnung das Recht, Änderungen vorzunehmen oder zumindest abweichende Vorstellungen einbringen zu können. Die Schweiz verpasst es weitgehend, ihre nationalen Interessen im Rahmen einer kohärenten Aussen- und Sicherheitspolitik darzulegen. Eine saubere Definition unserer Interessen würde Folgendes aufzeigen: Zu unseren Interessen gehören Solidarität und Stabilität, besonders im europäischen Umfeld. Mit ihrer humanitären Tradition, ihrem solidarischen Engagement, ihrer Neutralität und einer aktiven Vermittlertätigkeit in Konflikten dient die Schweiz nicht nur der Staatengemeinschaft, sondern auch ihrer eigenen Sicherheit. Heute können zahlreiche Verteidigungsaufgaben nur dann sachgerecht erfüllt werden, wenn beispielsweise nachrichtendienstliche Verbindungen mit dem Ausland die dafür nötigen Entscheidungsgrundlagen liefern. Und nur im multinationalen Verbund wäre auch eine Raketenabwehr zu bewältigen. Auch bezüglich Luftverteidigung sollte man sich keinen Illusionen hingeben: Ohne weiträumige Aufklärungskapazitäten sind Luftoperationen in eigener Regie nicht zu führen. Sogar während der Fussball-Europameisterschaft 2008 war die Schweizer Luftwaffe auf die Unterstützung der

französischen Luftstreitkräfte angewiesen. Um nationale Sicherheit gewährleisten zu können, ist mehr Gewicht auf einen stärkeren Beitrag zu kooperativen Stabilisierungsbemühungen zu legen. Denn die Schweiz kann sich von globalen Problemen künftig noch weniger abschotten als früher. Eine Mitarbeit an deren Lösung ist in unserem Interesse. Die Förderung von Frieden und Sicherheit, die Schaffung von Wohlstand, der Schutz von Menschenrechten, die Pflege von Demokratie und Rechtsstaat und der Schutz der Umwelt sind die Leitplanken unserer Aussenpolitik – sie sind zwingend mit der Sicherheitspolitik abzustimmen. Die Schweiz muss ihren Beitrag zur internationalen Stabilität leisten. Soll die Diskrepanz zwischen den schweizerischen Vorstellungen und den europäischen Realitäten nicht noch grösser werden, sollten die entsprechenden Problemfelder unvoreingenommen diskutiert werden.

.....

Bruno Lezzi war langjähriger Inlandredaktor der NZZ. **Daniel Heller** ist Partner bei Farner PR. Beide Autoren haben im Auftrag der Stiftung Avenir Suisse die Studie «Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Schweiz im 21. Jahrhundert» erarbeitet.

Die Studie selber kann unter dem Link (<http://www.avenir-suisse.ch/1671/sicherheits-und-verteidigungspolitik-der-schweiz-im-21-jahrhundert>) in Druckausgabe bestellt oder kostenfrei als PDF bezogen werden.



VEREIN SICHERHEITSPOLITIK UND WEHRWISSENSCHAFT

Unsere Ziele

Der Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft und seine Mitglieder wollen

- bekräftigen, dass die Schweiz auch in Zukunft ein militärisch ausreichend geschützter Raum bleiben soll,
- erklären, dass ein wirksamer Schweizer Beitrag an die Stabilisierung primär des europäischen Umfeldes eine glaubwürdige, kalkulierbare und umfassende Schweizer Sicherheitspolitik benötigt,
- herausarbeiten, dass die Schweiz nicht nur als Staat, sondern auch als Wirtschaftsstandort, Denk-, Werk- und Finanzplatz sicherheitspolitisch stabil bleiben muss, um weiterhin erfolgreich existieren zu können,
- darlegen, dass eine sichere Schweiz angemessene Mittel für ihre Sicherheitspolitik benötigt,
- aufzeigen, was für eine effiziente und glaubwürdige Armee im Rahmen des integralen Selbstbehauptungsapparates an Führungscharakter und Kompetenz, an Ausbildung, Ausrüstung und Organisation nötig ist,
- sich dafür einsetzen, dass künftige Reformen der Milizarmee und ihrer Einsatzdoktrin diesen Postulaten entsprechen.

Unsere Leistungen

Der Verein und seine Mitglieder verfolgen diese Ziele seit 1956 durch Informationsarbeit in Form von Studien, Fachbeiträgen, Publizität und Stellungnahmen (vgl. www.vsww.ch), Vorträgen, Interviews und Gesprächsbeiträgen.

So hat er wesentlich geholfen,

- gegen eine moderne Schweizer Sicherheitspolitik gerichtete Volksinitiativen und Referenden zu bekämpfen sowie
- Expertenbeiträge zu einer neuen Sicherheitspolitik und zu einer glaubwürdig ausgebildeten und ausgerüsteten Armee zu leisten.

Unsere Zukunftsvision

Wir wollen mit unserer Arbeit dazu beitragen,

- dass die Schaffung eines breit abgestützten inneren Konsenses im Bereich der militärischen Selbstbehauptung in der Schweiz gelingt und
- die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Integration unserer Milizarmee auch in Zukunft intakt bleibt.

Unsere Finanzierung

Wir finanzieren uns durch Mitgliederbeiträge, Gönnerbeiträge, Spenden sowie Legate.

Unsere Publikationen

finden Sie unter: www.vsww.ch

Sie erreichen uns unter:

Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft
Postfach 65, 8024 Zürich

Internet: www.vsww.ch

Telefon 044 266 67 67 oder Fax 044 266 67 00

Postkonto 80-500-4, Credit Suisse Zürich,
IBAN: CH 36 0483 5046 8809 0100 0

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!